

„Akuter Reformbedarf“

Verband Freier Berufe im Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion

Der Verband Freier Berufe in Bayern e.V. (VFB) setzt sich für die Interessen seiner Mitglieder ein. Bei einem Treffen mit der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag wiesen die VFB-Vizepräsidenten Dr. Markus Beck und Dr. Andrea Albert darauf hin, dass im Gesundheitswesen akuter Reformbedarf besteht.

Erdrückende Bürokratielasten, Fachkräftemangel und Nachwuchssorgen, eine zunehmende Kommerzialisierung und ein andauernder Stillstand bei der Aktualisierung der Gebührenordnungen der Heilberufe – die Liste der Hemmschwellen, denen sich Angehörige der freien Berufe ausgesetzt sehen, ist lang. Das ist im Gesundheitswesen der Fall, aber auch beim Bau, in der Kultur und vielen anderen Sparten. Da sei die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zum Fremdkapitalverbot bei Rechtsanwälten zwar ein positives Signal, so der VFB-Präsident Dr. Thomas Kuhn – jedoch insgesamt wohl nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Dr. Andrea Albert, stellvertretende Vorsitzende der KZVB-Bezirksstelle Oberbayern, und Dr. Markus Beck, Vorstandsmitglied der Bayerischen Landesärztekammer, schilderten die Situation aus Perspektive des Gesundheitswesens. Klar sei seit Langem: Wenn nicht schleunigst gegengesteuert werde, ist die flächendeckende ambulante Versorgung gefährdet. Fachkräftemangel auf der einen, eine sinkende Niederlassungsbereitschaft auf der anderen Seite sind die Realität, der sich Ärzte und Zahnärzte, aber auch Patienten ausgesetzt sehen. Kleinere Praxiseinheiten müssten gefördert werden, um die ambulante Versorgung in der Fläche zu gewährleisten. Andrea Albert sprach sich in diesem Zusammenhang für die Einführung einer Art „Landarztquote“ auch für Zahnärzte aus, die ja bereits im hausärztlichen Bereich recht gute Erfolge verzeichnet.

Der Druck auf Praxen habe stark zugenommen: Viele Termine und lange Wartezeiten führten mittlerweile häufig dazu, dass sich die Praxen renitenten, teils auch gewaltbereiten Patienten gegenübersehen.



Dr. Markus Beck und Dr. Andrea Albert vertreten im Verband Freier Berufe in Bayern e.V. die Interessen der Ärzte- und Zahnärzteschaft. In dieser Funktion nahmen sie auch an einem Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion teil.

Man beobachte deutlich eine sinkende Wertschätzung für Ärzte und Zahnärzte. Kein Wunder also, dass viele ausgebrannt sind und die Praxis aufgeben. Dass (investorengeführte) Medizinische Versorgungszentren einspringen und alleine die Versorgung sichern können, hält Albert für einen Irrglauben. Deren Fokus läge auf Ballungszentren und nicht im ländlichen Raum. MVZ unter kommunaler Trägerschaft könnten hier jedoch beispielsweise Abhilfe schaffen, ist sie überzeugt. Ärzte sollten sich laut Beck nur in Personengesellschaften organisieren dürfen. Dann seien GmbHs und Partnerschaftsgesellschaften möglich, die eine persönliche Haftung vorsehen. Kapitalgesellschaften seien ausgeschlossen.

Die Debatte um Scheinselbstständigkeit sei zudem auch für viele Berufsträger zermürend, so Beck weiter. So gebe es die Unsicherheit bei der Einstufung sogenannter Poolärzte im notärztlichen Bereit-

schafsdienst in die Sozialversicherungspflicht. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichtes sind Poolärzte nicht immer selbstständig tätig, sondern können unter bestimmten Umständen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer sein.

In Zeiten knapper Budgets sei es zwar schwierig, Gebührenerhöhungen zu fordern. Dennoch müsste wenigstens über einen Inflationsausgleich diskutiert werden, fügten die beiden VFB-Vizepräsidenten an. Gerade bei den Ärzten sei diese Anpassung seit 1982 nicht novelliert worden. Die GOZ ist seit 1988 im Punktwert unverändert.

Bei den SPD-Politikern stießen die Argumente auf Verständnis und Gehör – man werde mit dem Verband Freier Berufe daher weiter im Gespräch bleiben und die Anregungen nach Berlin weitertragen.

Redaktion